

Bericht aus der Herbstsession 2010

Die Herbstsession 2010 war geprägt von überraschender Heiterkeit, von historisch interessanten Ersatzwahlen in den Bundesrat und von zahlreichen Gesetzesvorlagen.

Erste Woche: Vom Mietrecht über das Hundegesetz bis zur 11. AHV-Revision

Beim **Mietrecht** bleibt alles wie gehabt. Der Nationalrat hat die Mietrechtsrevision versenkt. Er trat zum zweiten Mal nicht darauf ein, die Mieten von den Hypothekarzinsen abzukoppeln und an die Teuerung anzubinden. Der Entscheid fiel ganz knapp mit 88 gegen 86 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Einmal mehr waren sich die Mieterverbände der Deutschschweiz (für den Systemwechsel) und der Westschweiz (gegen den Systemwechsel) in dieser Frage nicht einig. Auch die SP Fraktion war gespalten.

Die Differenzen beim **Hundegesetz** bleiben bestehen. Der Nationalrat beharrt darauf, den Kantonen schärfere Gesetze zu erlauben als der Bund. Stillschweigend hat die grosse Kammer an dieser Differenz zur kleinen Kammer festgehalten. Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat, der einen föderalen Flickenteppich in der Hundegesetzgebung verhindern will. Dies sehe ich genau so: Es macht keinen Sinn, wenn es neben dem Bundesgesetz noch diverse unterschiedliche kantonale Hundegesetze gibt. Die Schlussentscheide werden dann in der Wintersession 2010 gefällt.

Die **11. AHV-Revision** sollte wieder eine Abbau-Vorlage werden: Es war vorgesehen, das Frauenrentenalter von 64 auf 65 zu erhöhen und die Teuerung nicht mehr regelmässig alle zwei Jahre auszugleichen, was zu einem schleichenden Rentenabbau geführt hätte. Von den durch die Erhöhung des Frauenrentenalters eingesparten 800 Millionen sollten nur 400 Millionen zur Abfederung von Frühpensionierungen eingesetzt werden und auch diese nur in einer auf 10 Jahre befristeten Übergangsphase. Das war alter Wein in neuen Schläuchen: Eine solche AHV-Abbau-Vorlage hat das Volk bereits vor 6 Jahren abgelehnt. Und das Volk hätte auch diesmal das letzte Wort gehabt, denn gegen diesen Rentenklau hätten die sozialen Kräfte im Land wiederum das Referendum ergriffen. Es kam anders: In der Schlussabstimmung bodigte im Nationalrat eine Mehrheit aus SP/Grünen und SVP die Vorlage, wenn auch aus verschiedenen Motiven. Damit ist die 11. AHV-Revision bis auf weiteres vom Tisch. An dieser Stelle sei wieder einmal gesagt: Es gibt bis heute keinen Handlungsbedarf zum Leistungsabbau, denn die AHV-Abrechnung schreibt nach wie vor Überschüsse.

Zweite Woche: Lachanfall, Frauenmehrheit im Bundesrat und Unfallversicherung

Insidern war es nicht verborgen geblieben: Die beiden noch-Bundesräte Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz waren seit ihren Rücktrittserklärungen merklich lockerer drauf als auch schon. Wie locker, zeigte sich bei Hans-Rudolf Merz in der Fragestunde des Nationalrats vom Montag der zweiten Sessionswoche. **Merz hatte einen Lachanfall**, den man dem ansonsten immer steinern ernsten Finanzminister nicht zugetraut hätte. Auslöser für seine ansteckende Heiterkeit war eine Frage, ob gegen die Einfuhr von gepfeffertem Fleisch die Zollhürden nicht erhöht werden sollten. Die von seinen Beamten im Amtsdeutsch verfasste Antwort darauf war so komplex, dass Merz aus der Fassung geriet und nur noch Bü –Bündnerfleisch staggelte, bevor er ganz lospustete.

Mit Spannung erwartet wurde dann die Nachfolgewahl der beiden Bundesräte. Die Vereinigte Bundesversammlung liess die Spreng-Kandidaturen von SVP und Grünen ins Leere laufen und wählte mit 159 Stimmen Simonetta Sommaruga (SP/BE) und mit 144 Stimmen Johann N. Schneider-Ammann (FDP/BE) als Nachfolger für die zurückgetretenen Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat. Mit dieser Bundesratswahl verbunden ist auch ein historisches Ereignis:

Erstmals seit Einführung des Frauenstimmrechtes vor 39 Jahren (1971) kam es zu einer **Frauenmehrheit im Bundesrat**. Wegbereiterin dafür war die Sozialdemokratische Partei, die bereits in ihrem Parteiprogramm von 1904 als erste Schweizerische Partei die Gleichberechtigung der Frauen auch beim Stimmrecht forderte und am Wahltag mit dem ausgezeichnet qualifizierten SP-Zweiticket von Jaqueline Fehr und Simonetta Sommaruga der Vereinigten Bundesversammlung eine gute Frauenwahl ermöglichte. Turbulenzen löste dann eine Woche nach der Wahl die Departementsverteilung aus. Dass dabei offenbar einzelne Ratsmitglieder Eigeninteressen über die Landesinteressen stellten und sich der sieben-köpfige Bundesrat nicht kollegial einigen konnte, sondern zur Departementsverteilung eine Abstimmung brauchte, hinterlässt leider einen faden Nachgeschmack.

Die scharfe Kritik der Sozialpartner an der Revision des **Unfallversicherungsgesetzes** (UVG) hat Wirkung gezeigt: Der Nationalrat hat mit 108 zu 63 Stimmen beschlossen, die UVG-Revision an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Vorlage wollte unter anderem, dass die Obergrenze des versicherten Verdienstes von 126`000 Franken auf 101`600 Franken gesenkt würde. Die Mehrheit wollte auch nicht, dass eine gut funktionierende Einrichtung wie die SUVA mit einer unnötigen überladenen Gesetzesrevision in Bedrängnis gebracht wird.

Dritte Woche: Weniger Milch, Wolf und Offroader, gleichviel gelbe Post?

Milchmarkt: Erst im Mai 2009 abgeschafft, soll die Milchkontingentierung beziehungsweise die "Milchmengensteuerung" wieder eingeführt werden. Mit 104 zu 60 Stimmen und 20 Enthaltungen nahm der Nationalrat gegen den Willen der Regierung eine Motion von Andreas Aebi (SVP/BE) an. Die Milchproduktion soll demnach durch die Dachorganisation Schweizer Milchproduzenten gelenkt werden. Bei Überproduktion würde eine Abgabe von bis zu 30 Rappen pro Kilo fällig, die in einen Fonds zur Verhinderung weiterer Butterberge fließen soll.

Wolfsjagd: Nach dem Ständerat war auch der Nationalrat gegen den Willen des Bundesrats dafür, den Schutz des Wolfes zu lockern. Eine Motion, die verlangt, dass der Wolf in Zukunft wieder gejagt werden darf, wurde nach emotionalen Debatten überwiesen.

Der Nationalrat hat auch über die **Offroader-Initiative** debattiert. Die von den Jungen Grünen lancierte Volksinitiative will Autos verbieten, die übermässig viele Emissionen ausstossen oder Velofahrer und Fussgänger besonders gefährden. Der Nationalrat empfiehlt dem Stimmvolk mit 116 zu 58 Stimmen, die Initiative abzulehnen. Doch strengere CO₂-Vorschriften von durchschnittlich 130g CO₂/km (Wert heute: Rund 170g CO₂/km) für Autos könnte sich der Nationalrat als Alternative zur Initiative vorstellen: Er beauftragte seine Umwelt- und Verkehrskommission, einen indirekten Gegenvorschlag dafür auszuarbeiten.

Der Nationalrat lehnte die vollständige Liberalisierung des Postmarkts mit 102 zu 82 Stimmen ab. Die Grundversorgung soll weiterhin in der ganzen Schweiz gleichwertig gewährleistet bleiben. Auch deshalb will die grosse Kammer das Restmonopol der Schweizer Post auf dem Versand von bis zu 50 Gramm schweren Briefen nicht aufheben.

Eine kleine Überraschung gab es noch bei den Schlussabstimmungen am letzten Sessionstag: Traktandiert war dabei auch eine **Petition des schweizerischen Polizeiverbandes zum Thema „Gewalt gegen die Polizei“**. Diese wurde aber nicht wie sonst bei Petitionen üblich nur durchgewunken. Der Nationalrat nahm stattdessen auf Antrag aus dem Plenum die Anliegen der Petition des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter auf, entschied aber mit den Stimmen von SP/Grünen/SVP mit 114 gegen 62 Stimmen, die Kommission für Rechtsfragen damit zu beauftragen, in einer parlamentarischen Initiative oder einem anderen Vorstoss geeignete Massnahmen dazu auszuarbeiten.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im Oktober 2010